

# Union Nr. 13/68

Bonn  
4. April  
1968  
22. Jahrgang

Z 8398 C

# in Deutschland

## Thema der Woche

# Haushalt bestätigt Stabilität und Wachstum

**Der Bundestag hat in dieser Woche den Haushalt für das Rechnungsjahr 1968 verabschiedet, der in Einnahmen und Ausgaben mit rund 80 Milliarden DM abschließt. Auch diesmal ist es gelungen, wie das Grundgesetz es vorschreibt, den Haushalt ausgeglichen zu verabschieden.**

Als die Große Koalition gebildet wurde, hatten sich die beiden Partner als Hauptaufgabe gestellt, die Bundesfinanzen wieder auf eine solide Grundlage zu stellen und die Wirtschaft so anzukurbeln, daß wieder mit einem stetigen Wachstum zu rechnen ist. **Beides ist gelungen.**

**Durch die Zurückhaltung des Bundes bei seinen Ausgaben ist von seiten der Bundesregierung ein wesentlicher Beitrag für die Stabilität unserer Währung und Wirtschaft geleistet worden. Dies machte Abstriche an vielen Einzelpositionen**

**notwendig, aber ohne diese Einschnitte wäre es nicht gelungen, den Ausgleich des Haushalts zu erreichen.**

Die FDP hat versucht, die Bemühungen der Großen Koalition um die Sicherung von Währung und Wirtschaft in ihren Debattenbeiträgen herabzumindern. Es ist selbstverständlich das gute Recht der Opposition, die Maßnahmen der Regierung zu kritisieren. Wenn aber die Zahlen und die Tatsachen eine andere Sprache sprechen, kann man es nicht mehr als konstruktive

Opposition bezeichnen, wenn von der FDP behauptet wird, die Regierung und die sie tragenden Parteien hätten nicht genügend für die Sicherung der Stabilität von Währung und Wirtschaft getan.

Aber auch abgesehen von der Sicherung von Währung und Wirtschaft hat die Große Koalition in den ersten 1 1/2 Jahren ihres Bestehens gute Arbeit geleistet. Große Reformen wurden in Angriff genommen oder sind in der Beratung. Mit Recht konnte der Bundeskanzler in einem Debattenbeitrag zu seinem Haushalt darauf hinweisen, daß gerade in den letzten Wochen das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierung gewachsen sei und das meiste, was die Große Koalition bei ihrem Entstehen verabredet hat, in Angriff genommen und verwirklicht worden ist.

Es wird jetzt darauf ankommen, daß die beiden großen Parteien auch im nächsten Jahr wie bisher loyal und partnerschaftlich zusammenarbeiten. Der Bundeskanzler richtete in der Debatte einen Appell an die Koalition, auch im letzten Jahr der Zusammenarbeit nicht nachzulassen, die gemeinsam verabredeten Ziele zu erreichen.

Wörtlich erklärte der Kanzler: **„Die Gefahr, daß die Energien schwächer werden, ist groß und liegt in der Natur der Sache.“** Damit wollte der Kanzler davor warnen, schon zu frühzeitig den Wahlkampf für die nächste Bundestagswahl beginnen zu lassen.

Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages fühlt sich wie bisher der Sacharbeit verpflichtet, weil sie, wie ihr Vorsitzender Dr. Barzel kürzlich betonte, davon überzeugt ist, daß unser Land jetzt stetige politische Arbeit der beiden großen Parteien braucht und politische Erschütterungen in der gegenwärtigen Lage nur die dringend notwendige Sacharbeit stören würden.

Für die CDU/CSU stehen in den kommenden Monaten die Fragen im Bereich der Landwirtschaft, der Bergarbeiter, der Bundesbahn und des Verkehrs im Vordergrund. Von den großen Reformwerken kommt dann noch die Notstandsgesetzgebung hinzu. Sie ist entscheidungsreif. Als weiterer wichtiger Schwerpunkt für die kommende Arbeit sieht die CDU/CSU die Universitätsreform an. Alle diese Fragen wurden in der Haushaltsdebatte im einzelnen erörtert. (Vgl. Seite 3 und 5 dieser Ausgabe).

## Der neue Innenminister

Bereits wenige Tage nach dem Rücktritt von Paul Lücke wird das wichtige Amt des Bundesministers des Innern wieder besetzt. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hat schnell gehandelt und schon vorgestern abend dem Herrn Bundespräsidenten seinen Vorschlag zur Berufung eines Nachfolgers unterbreitet, der gestern, zu Beginn der Haushaltsberatungen, vor dem Plenum des Bundestages seinen Amts- eid ablegte.

Dieser Entscheidung sind gründliche Beratungen vorausgegangen. Sie führten sehr bald zu dem Ergebnis, den bisherigen Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesinnenministers, Ernst Benda, mit der verantwortlichen Leitung dieses Ressorts zu beauftragen, nachdem der Kanzler zu der Überzeugung gekommen war, daß es im Interesse der Sache tunlich sei, wenn Bundesminister Dr. Stoltenberg in seinem Amt, in dem er sich bereits großen Respekt erworben hat, verbliebe.

Damit tritt ein Mann an die Spitze des Bundesinnenministeriums, der, obwohl noch jung an Jahren, sich bereits eindeutig und überzeugend qualifiziert hat. Sowohl als Abgeordneter wie als Parlamentarischer Staatssekretär hat Ernst Benda große Fähigkeiten bewiesen und sich um die Verwirklichung bedeutender Gesetzgebungswerke ver-

dient gemacht. Das gilt vor allem für die Notstandsgesetzgebung, die zu einer der vordringlichsten Aufgaben des Bundesinnenministeriums in dieser Legislaturperiode gehört. Daß gute Aussicht besteht, dieses für die Sicherung des freiheitlichen Rechtsstaates in möglichen Krisenzeiten entscheidend wichtige Vorhaben in absehbarer Zeit Rechtskraft erlangen zu lassen, ist nicht zuletzt seiner intensiven und sachkundigen Mitwirkung zu verdanken. Die Union ist überzeugt, daß der Bundeskanzler mit der Berufung Bendas eine gute Wahl getroffen hat und daß der neue Ressortchef die in ihn gesetzten Erwartungen voll- auf erfüllen wird.

Ernst Benda tritt die Nachfolge eines Mannes an, der in mehr als zehnjähriger Regierungsverantwortung Großes für unser Volk und für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland geleistet hat. Sowohl als Wohnungsbauminister wie als Innenminister hat Paul Lücke in unermüdlicher Arbeit und mit anerkanntem Erfolg für die Realisierung der Ziele gewirkt, die er sich gesteckt hatte. Die enormen Fortschritte auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, der Eigentumsbildung und der Raumordnung sind untrennbar mit seinem Namen verbunden. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung.

## HEUTE

Seite

Kiesinger: Das Wichtigste ist erfüllt	3
Instrument der Öffentlichkeitsarbeit	4
SPD enttäuscht die Vertriebenen	8

**Bundeskanzler Dr. Kiesinger erklärte zu der Rede des amerikanischen Präsidenten: „Der amerikanische Präsident hat eine hochbedeutsame Rede zum Vietnamkonflikt gehalten. Er kündigte eine einseitige wesentliche Reduzierung der militärischen Aktionen der Vereinigten Staaten gegen Nordvietnam an. Über 90 Prozent der Bevölkerung Nordvietnams leben in dem Gebiet, auf das sich die Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe erstreckt.**

**Die Bundesregierung hofft, daß die Regierung in Hanoi dieses Zeichen des Verständigungswillens der Vereinigten Staaten aufnimmt und sich zu Verhandlungen über Waffenruhe und Friedensgespräche bereitfindet. Wir hoffen, daß auf diese Weise sehr bald eine Last und eine Sorge von allen Völkern dieser Erde genommen wird, denen einmal die Tatsache eines so blutigen, schweren Krieges überhaupt und zum anderen die Sorge von einer möglichen Ausbreitung des Krisenherdes auf weitere Teile der Welt auf der Seele liegt.“**



**DIE  
WOCHE  
IM  
BUNDES  
TAG**

**Montag, 1. April:** Sitzung des Fraktionsvorstandes. Der Vorstand bereitet die **Haushaltsdebatte** vor. Während der Sitzung führte der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel ein Gespräch mit dem Bundeskanzler über die **Nachfolge** des ausgeschiedenen Bundesinnenministers **Lücke**. Am Abend fällt die Entscheidung des Kanzlers in dieser Frage. Er schlägt dem Bundespräsidenten den bisherigen Parlamentarischen Staatssekretär **Ernst Benda** zum Bundesinnenminister vor.

**Dienstag, 2. April:** Bundeskanzler Kiesinger teilt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Entscheidung mit, Ernst Benda zum neuen Bundesinnenminister zu ernennen. Diese Entscheidung des Kanzlers findet in der Fraktion große Zustimmung.

Im übrigen bereitet die Fraktion die Haushaltsberatungen vor. Ferner die Verabschiedung des **Kohleanpassungsgesetzes**.

Die Fraktion stimmt ferner einem von den Abgeordneten Dr. Martin, Dr. Schöber, Frau Geisenhöfer, Dr. Hudak, Gottesleben, Dr. Hammans, Frau Dr. Wex und Dr. Huys eingebrachten Antrag zu, in dem die Bundesregierung ersucht wird zu prüfen, ob die Länder bereit sind, eine **als Abschluß der Obersekunda abzulegende Prüfung zu schaffen, deren Bestehen zum Besuch von Fachhochschulen berechtigt (Akademiereife)** und die Ausbildung zu Fachhochschulen im Rahmen der wissenschaftlichen Hochschulen oder durch Verbreitung und Vermehrung der bestehenden Fachhochschulen zu fördern.

Weiter soll die Bundesregierung nach diesem Antrag prüfen, ob die **Laufbahnvorschriften im Beamtenrecht** sowie die **Einstufungsmerkmale in den Tarifbestimmungen für den öffentlichen Dienst** so gestaltet werden können, daß auf Grund der Ausbildung an den Fachhochschulen geeignete Berufswege für die Absolventen von Fachhochschulen eröffnet werden. Schließlich ersucht der Antrag die Bundesregierung zu prüfen, für den Fall, daß die **Akademiereife** eingeführt wird, mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften über die Einführung entsprechender Berufswege in der Wirtschaft zu beraten.

**Mittwoch, 3. April bis Freitag 5. April** berät der Bundestag den Haushalt für 1968 in zweiter und dritter Lesung. (siehe dazu Seite 1, 2, 3).

In den nächsten vier Wochen sind im Parlament Osterferien. Die erste Sitzung des Fraktionsvorstandes ist für den 6. Mai vorgesehen, die erste Fraktionssitzung für den 7. Mai und die erste Plenarsitzung für den 8. Mai.

## Haushalt 1968

# Ordnung der Finanzen nicht gefährden

**Die Beratungen zum Bundeshaushalt 1968 haben wieder deutlich gemacht, wie beengt der finanzielle Spielraum des Bundes noch immer ist. Der Mehrbedarf, der sich im Zuge der Beratungen für den Haushalt 1968 ergab, konnte nur unter größten Schwierigkeiten ausgeglichen werden, wenn der vorgegebene Ausgaberahmen von 80,7 Milliarden DM nicht gesprengt werden sollte.**

Darauf ist besonders hinzuweisen, weil gerade in jüngster Zeit wieder vermehrt neue Anforderungen von allen Seiten in den Haushalt gestellt werden. Zwar mag man sich über diesen Vertrauensbeweis für die Haushalts- und Finanzpolitik der Großen Koalition freuen, doch Parlament und Regierung müssen sich darüber klar sein, daß auch 1969 noch kein Handlungsspielraum für die Inangriffnahme neuer Projekte ohne Einsparungen an anderer Stelle vorhanden ist. Weder die Aufstellung der Finanzplanung für die Jahre bis 1971 noch die Verabschiedung der Gesetze zur Verwirklichung dieser Finanzplanung sind ausreichend, um auch nur für den Zeitraum bis 1971 alle Schwierigkeiten zu beseitigen.

Wir müssen erkennen, daß die gesamte Finanzplanung auch in den kommenden Jahren konsequent durchgeführt werden muß und daß

wir uns nicht mit der Verwirklichung nur eines Teilstückes, nämlich des Haushaltes 1968, begnügen dürfen. Auch die hohe Kreditaufnahme in den Jahren 1967/68 verpflichtet zur strikten Einhaltung der Finanzplanung sowohl bei der Durchführung des Haushaltes 1968 wie auch in den Folgejahren, um die Konsolidierung der Finanzen des Bundes zu erreichen.

Besondere Sorge bereitet beim Haushalt 1968 das erneute Anwachsen der Belastungen im Sozialbereich, der Mehrbedarf für die knappschaftliche Rentenversicherung und die Kriegsoferversorgung. Größere Aufmerksamkeit erfordert auch die Entwicklung der Personalkosten im Bundeshaushalt. Es ist unumgänglich, durch eine straffe Personalbewirtschaftung die Kostenbelastung in tragbaren Grenzen zu halten. Berechtigten Belangen der Bediensteten im öffentlichen Dienst ist dabei

## Kohleanpassungsgesetz

# Weg zur Gesundheit

**Daß sich seit Ende vorigen Jahres die Lage auf dem Kohlemarkt merklich entspannt hat, ist vor allem auf die vom Bundestag am 23. Juni 1965 und am 30. Juni 1966 verabschiedeten Verstromungsgesetze und auf die von der vorigen Bundesregierung beantragte, von der Hohen Behörde der Montanunion am 21. Februar 1967 gebilligte Koksbeihilfe zurückzuführen.** Trotz dieser Entspannung ist eine schnelle Verabschiedung des Kohleanpassungsgesetzes erforderlich, um die Ursache der Krise nachhaltig zu beseitigen.

Bedauerlicherweise haben die langen Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsgesellschaft Zeitverluste für die notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Steinkohlenbergbau und für die Verabschiedung des Kohleanpassungsgesetzes zur Folge gehabt. Versuche, durch eine Art von konzentrierter Aktion in das wirtschaftliche Geschehen einzugreifen, sind zwar zu begrüßen, dürfen aber notwendige staatliche Maßnahmen nicht beeinträchtigen oder verzögern. Der Staat ist mehr als eine Clearingstelle privatwirtschaftlicher Interessen.

Der Wirtschaftsausschuß hat auf Antrag der Mitglieder der CDU/CSU eine Befristung des Gesetzes

beschlossen, und zwar zum 31. Dezember 1977. Der Kohlebeauftragte sollte es als seine Pflicht betrachten, darauf hinzuwirken, daß die Anpassung möglichst schon früher erreicht wird.

Auf Antrag der CDU/CSU ist im Wirtschaftsausschuß ferner Einigkeit darüber erzielt worden, daß der Bundesbeauftragte und die Angehörigen seiner Behörde Beamte, Angestellte oder anderweitig verpflichtete Mitarbeiter sein können, um möglichst wirtschaftsnahes Arbeiten zu gewährleisten. Der Kohlebeauftragte soll die Kohle nicht bürokratisch „verwalten“, sondern die notwendigen, aber schwierigen Weichenstellungen gewährleisten.

Dreierlei ist erforderlich:

● Harmonische Zusammenarbeit zwischen dem Bergbau und dem Bundesbeauftragten.

● Daß der Bundesbeauftragte das unternehmerisch Richtige mit dem im öffentlichen Interesse Erforderlichen zu verbinden weiß.

● Daß die Bundesregierung ein energiepolitisches Gesamtkonzept findet, und zwar auch im Hinblick auf die bevorstehende Beschlußfassung über ein energiepolitisches Gesamtkonzept der EWG.

Dr. Manfred Luda, MdB

Rechnung zu tragen. Die unregelmäßigen Stellenverbesserungen jedoch, die in die Zehntausende gehen und die eine wesentliche Ursache für die Unzufriedenheit in der Beamtenschaft darstellen, sind bedenklich.

Dieses bedauerliche Kapitel in der Geschichte des deutschen Beamtenums sollte – im eigenen Interesse der Beamten – schleunigst abgeschlossen werden. Auch hier hat die „Praktizierung einer „übertriebenen Gerechtigkeit“ zu immer neuen Ungerechtigkeiten geführt.

Insgesamt ist der Bundeshaushalt 1968 in seinem ursprünglich geplanten Rahmen von 80,7 Milliarden DM begrenzt worden und ausgeglichen. Allerdings wird man die Praxis des Haushaltsausgleichs durch eine so hohe Neuverschuldung, wie 1967 und 1968 konjunkturpolitisch notwendig war, in den kommenden Jahren nicht mehr fortsetzen können. Darüber sollte heute schon Klarheit bestehen.

Heinrich Windelen, MdB

## Haushalt in Zahlen

Der Bundeshaushalt 1968 hat ein Volumen von 80 656 759 400 DM. Der ordentliche Etat umfaßt 72 438 918 900, der außerordentliche 8 217 840 500 DM. Die dreißig Einzel-etats weisen folgende Endsummen auf (in Millionen DM, dahinter die Erhöhung oder Verringerung gegenüber dem Bundeshaushalt 1967):

Bundespräsidialamt	4,9	—	1,2
Bundestag	101,7	+	29,5
Bundesrat	3,0	+	0,1
Bundeskanzleramt	180,8	+	9,2
Auswärtiges Amt	698,7	+	27,5
Innenministerium	1 640,0	—	29,8
Justizministerium	109,9	+	19,5
Finanzministerium	856,2	+	8,8
Wirtschaftsministerium	1 090,4	+	97,7
Ernährungsministerium	5 432,0	+	663,2
Sozialministerium	16 668,8	+	2 114,2
Verkehrsministerium	8 184,9	—	846,3
Postministerium	0,8	—	0,6
Verteidigungsministerium	18 054,6	—	1 688,6
Gesundheitsministerium	103,9	—	14,2
Bundesverfassungsgericht	9,4	+	0,8
Bundesrechnungshof	14,4	+	0,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	2 064,4	+	407,7
Schatzministerium	317,9	—	260,9
Wohnungsbauministerium	1 534,4	—	327,0
Vertriebenenministerium	96,4	—	28,7
Gesamtdeutsche Fragen	224,3	—	22,9
Bundesratsministerium	1,3	—	—
Familienministerium	2 803,6	—	177,2
Wissenschaftliche Forschung	1 922,3	+	176,3
Bundesschuld	3 348,4	—	556,4
Versorgung	3 187,0	+	89,8
Stationierungslasten	601,8	+	40,3
Zivile Verteidigung	323,9	—	48,6
Allgemeine Finanzverwaltung	11 076,1	+	2 510,2

## Bundestag

# Kiesinger: Das Wichtigste ist erfüllt

Zu den Aufgaben, die von der Großen Koalition bisher erfüllt oder bis 1969 noch gelöst werden müssen, erklärte am 3. April Bundeskanzler Dr. Kiesinger vor dem Deutschen Bundestag u. a.:

„Wenn Sie in diesen Tagen einen Blick in die Regierungserklärung werfen und vergleichen, was dort angekündigt und versprochen und was inzwischen verwirklicht oder in Angriff genommen worden ist, dann werden Sie erkennen, daß von der Großen Koalition, der Regierung und dem Hause, soweit es schon Gelegenheit hatte, sich gesetzgeberisch zu entschließen, das meiste und wichtigste erfüllt worden ist.

Wir haben, was wir versprochen haben, getan, d. h. wir haben den drohenden wirtschaftlichen Rückschlag abgewendet und wieder eine Epoche des wirtschaftlichen Aufschwungs eingeleitet. Wir haben die Haushalte 1967 und 1968 ausgeglichen. Es wird uns von einigen der Vorwurf gemacht, daß wir dabei eine unverantwortliche Verschuldung eingegangen seien. Dazu habe ich nur zu sagen: wenn wir unseren Schuldendienst, gemessen am Bruttosozialprodukt, mit dem Schuldendienst anderer Länder vergleichen, dann kommen wir recht gut dabei weg.

**Wir liegen immer noch unter einem Prozent, während z. B. Großbritannien bei vier Prozent, die Vereinigten Staaten bei zwei Prozent liegen: aber auch Frankreich und die Schweiz liegen etwas höher als wir. Das allein sollte doch zeigen, daß von einer unverantwortlichen Kreditpolitik nicht die Rede sein kann.**

Niemand wird schließlich der Bundesbank, gerade ihr, vorwerfen, daß sie gegenüber einer leichtfertigen Kreditpolitik nicht ihre warnende Stimme erhoben hätte. Tatsache ist aber, daß die Bundesbank zu dieser Kreditpolitik der Bundesregierung steht, daß sie sie bis zu dieser Stunde gebilligt hat. Das ist, glaube ich, das beste Zeichen dafür, daß wir hier auf gutem und solidem Wege sind.

## Aufgaben erkannt

Wir haben die Aufgaben der mittelfristigen Finanzplanung, des Stabilitätsgesetzes, der Wechselwirkung zwischen Haushalt und Wirtschaftsprozess, erfüllt. Wir haben die Gesetze zur Finanzreform den gesetzgebenden Körperschaften überwiesen. Wir werden demnächst die fertiggestellten Gesetze zur Haushaltsreform vorlegen, die eine Modernisierung unseres Haushaltsrechts zwischen Bund und Ländern anstreben. **Dabei werden wir dann auch eine Neufassung des Art. 113 des Grundgesetzes vorlegen, wie wir es in der Regierungserklärung versprochen haben.**

Ich habe über die großen Strukturprobleme Kohle und Landwirtschaft im Bericht zur Lage der Nation gesprochen. Dieses Hohe Haus wird das Kohleanpassungsgesetz, wie ich

höre, bald verabschieden. Ich hoffe immer noch, daß wir eine Organisationsform an der Ruhr finden, die es möglich macht, das, was wir unter dem Begriff Einheitsgesellschaft im Ziele wollten, auch zu verwirklichen. Diese Regierung wird nicht nachlassen, dieses schwere Problem zu lösen.

Dasselbe gilt für das Problem unserer Landwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister hat eine Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik angekündigt. Ich habe in den vergangenen Tagen Gelegenheit gehabt, mich mit vielen Bauern auseinanderzusetzen. Dabei habe ich die eine Feststellung gemacht — eine tröstliche Feststellung: die Bauern erwarten von uns im Grunde genommen gar keine großen Ver-

## Basis gemeinsamer Arbeit

**Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Müller-Hermann, führte in der Debatte aus:**

„Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Dezember 1966 ist und bleibt die Basis dieser gemeinsamen Arbeit. Die CDU/CSU fühlt sich an diese Basis gebunden und wird auch keine Aushöhlung dieser Koalitionsvereinbarung zulassen.

Die Große Koalition hat keinen Anlaß, den Erfolg ihrer bisherigen Arbeit unter den Scheffel zu stellen. Die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ vom 27. März 1968 schreibt: **„Es hat in Deutschland wohl noch nie einen derart prosperierenden, sozial ausgeglichenen, demokratisch freiheitlichen Staat gegeben wie das, was dort auf der westlichen Seite nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges aufgebaut wurde.“**

Der Konjunkturrückschlag ist überwunden. Auch wenn wir mit dem Urteil zurückhalten, daß der Durchbruch zu einer neuen Aufschwungsphase bereits völlig gelungen sei, sicher ist, daß sich unsere Wirtschaft wieder erholt und auf eine neue Wachstumsphase eingerichtet hat.

Die hinter uns liegende Entwicklung hat einmal mehr demonstriert, wie sehr die Konjunktur nicht nur von rein ökonomischen Vorgängen, sondern ebenso von psychologischen Faktoren beeinflusst wird.

**Das Vertrauen der Bevölkerung und der Wirtschaft in die politische Stabilität und in die Entschlossenheit der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen, waren die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung der Rezession.**

Eine wirksame Konjunkturbelebung und ein organisches Wirt-

sprechungen. Was sie von uns erwarten, das ist die Wahrheit.

Sie erwarten von uns nicht — im Gegenteil, sie lehnen sie ab — Versprechungen, von denen sie selber wissen, daß sie letztlich doch nicht eingehalten werden können. **Aber sie erwarten von uns, daß das, was in diesem Bereich möglich ist, auch mit äußerster Entschiedenheit getan wird, und das werden wir auch im kommenden Jahr tun. Ich bin überzeugt, schon nach einem Jahr wird die Situation sehr viel besser aussehen.**

Lassen Sie mich einen kleinen Appell an dieses Hohe Haus zum Thema Verkehrspolitik richten. Ich sehe mit einiger Sorge, wie sich dieses Problem entwickelt hat. Ich glaube, wir sind uns doch in den Zielsetzungen einig.

Wenn das von der Regierung vorgelegte Programm hier im Hause nicht in allen Teilen Zustimmung gefunden hat, so hoffe ich doch, daß es in den nächsten Wochen möglich sein wird, sich zu einer Lösung zusammenzufinden, die im Effekt das erreicht, was unbedingt erreicht werden muß: die Sanierung und Modernisierung der Bundesbahn, eine gewisse Entlastung unserer sonstigen Verkehrswege und vor allem ein Einfrieren der Zuschüsse des Bundes auf das bisherige Niveau, so daß wir nicht in einigen Jahren mit einer Verdoppelung dieser Zuschüsse an die Bundesbahn zu rechnen haben.“

schaftswachstum hängen auch entscheidend davon ab, daß die private Wirtschaft wieder das Risiko neuer Investitionen einget, d. h. die dynamischen Kräfte der Wirtschaft selbst ermutigt werden.

**Die DM gehört nach wie vor zu den stabilsten Währungen der Welt.** Die Preise sind nahezu stabil, während Herr Mischnick im Dezember 1966 noch in den Wandelgängen von den eingebauten Inflationsraten flüstern hörte.

Wir wollen die mit Opfern gesicherte Stabilität nicht durch ehrgeizige und übertriebene Wachstumsvorstellungen aufs Spiel setzen. Die Bemühungen um weiteres Wirtschaftswachstum dürfen nicht in eine Wachstumspsychose ausarten.

**Wir dienen unseren Menschen nicht mit nominellem, sondern nur mit realem Wachstum.** Wichtiger als die quantitative Ausweitung der Produktion, die zweifellos im Zeichen der Rezession von besonderer Bedeutung gewesen ist, ist auf die Dauer die Erhöhung der wirtschaftlichen Produktivität durch eine gezielte Steigerung des qualitativen Niveaus der privatwirtschaftlichen Investitionen und durch einen systematischen Ausbau der Infrastruktur.

Kein Zweifel, daß die Finanzverfassungsreform einschließlich einer Reform der Gemeindefinanzverfassung eine Bewährungsprobe besonderer Art für die Große Koalition sein wird. **Wenn die Zusammenfassung der beiden großen Fraktionen zu gemeinsamer Aktion einen Sinn gehabt hat, dann unter allen Umständen hier.**

Die große Finanzreform ist zugleich eine Bewährungsprobe unserer föderativen Verfassungsstruktur und damit auch für die Aufgeschlossenheit der Länder, den Aufgaben der Zukunft gerecht zu werden.“

## PERSONALIEN

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat auf seiner Sitzung am 28. März der Ernennung des Bundestagsabgeordneten **Josef Stingl** zum neuen Präsidenten der Bundesanstalt zugestimmt. Stingl, der seit 1953 dem Deutschen Bundestag angehört und stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik ist, tritt die Nachfolge von Anton Sabel an, der am 30. April nach fast elfjähriger Tätigkeit in den Ruhestand tritt.

\*

**Paul Lücke**, zurückgetretener Bundesminister, will sich nach den turbulenten Tagen aus der Politik zurückziehen und im Kreise seiner Familie Urlaub machen.

\*

In der Nacht zum Sonntag verstarb in Mainz der frühere Kultusminister **Dr. Eduard Orth**. Die CDU verliert in ihm eines der Gründungsmitglieder der Partei in der Pfalz, wo er zwölf Jahre lang Vorsitzender des Bezirksverbandes Pfalz der Union war. Auch mehreren anderen Führungsgremien der CDU hat er angehört, im Bundestag war er von 1959 bis 1956 vertreten. Von 1956 bis 1967 war Dr. Orth Kultusminister in Mainz. Die CDU von Rheinland-Pfalz würdigte ihn in einem Nachruf als stets einsatzbereiten kämpferischen Mann, der zugleich ein Beispiel lebendig gelebter Toleranz gegeben habe.

\*

Die Gattin des Bundeskanzlers, Frau **Marie-Luise Kiesinger**, wird den Mitgliedern des Hauptausschusses der Bundesvereinigung der Frauen der CDU am Freitag, dem 5. April, einen kleinen Tee-Empfang geben.

\*

**Dr. Richard Jaeger**, Bundestagsvizepräsident, ist zu einer dreiwöchigen Reise durch Süd- und Südwestafrika in Johannesburg eingetroffen. Jaeger eröffnete den deutschen Pavillon auf der „Rand Easter Show“, der größten Industrie- und Landwirtschaftsmesse Südafrikas.

\*

Staatsminister **Dr. Konrad Pöhner** (CSU) und Staatssekretär **Lorenz Vilgertshofer** wurden mit dem großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

\*

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete, **Dr. Hermann Pünder**, wurde am 1. April 80 Jahre alt. Dr. Pünder bekleidete während seiner aktiven Laufbahn zahlreiche hohe Ämter. Von 1926 bis 1932 war er Chef der Reichskanzlei und gleichzeitig Mitglied der deutschen Völkerbundesdelegation. 1948 und 1949 amtierte er als Oberdirektor des Frankfurter Verwaltungsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Dem Bundestag gehörte er bis 1957 an.

# AKTUELL

Die Junge Union Westfalen-Lippe führt vom 26. bis 28. April in Münster ihre Landestagung '68 durch. In vier Arbeitskreisen wird dabei über den Entwurf des Aktionsprogramms beraten. Hauptredner der Tagung, die unter dem Motto „Mit der Union in die Zukunft“ steht, ist der Landesvorsitzende der westfälischen CDU, Staatsminister a. D. Dufhues.

\*

Gegen Truppenbesuche von Landtagsabgeordneten kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat sich die CDU der Garnisonsstadt Stetten am Kalten Markt ausgesprochen. Solche Besuche könnten als Wahlversammlung aufgefaßt werden, die für die Truppe nicht erlaubt seien, betonte die CDU.

\*

„Jugend, Gesellschaft, Staat“ ist das Motto eines Jugendkongresses, den die Junge Union Schleswig-Holstein am 6. April in Kiel veranstaltet. Etwa 200 Teilnehmer haben sich angesagt. Drei Arbeitskreise stehen unter den Themen „Schule und Universität im Spannungsfeld zwischen Autokratie und Freiheit“, „Die Frage einer gesetzlichen Regelung der Berufsausbildung“, „Wege und Irrwege der staatsbürgerlichen Bildung“. Bundesminister Dr. Stoltenberg wird ein Referat zum Gesamthema des Kongresses halten.

## Wahlreisen

# Instrument der Öffentlichkeitsarbeit

Seit der Begründung unserer Bundesrepublik gehörten die Wahlreisen des Bundeskanzlers zu den Wahlkampfmitteln der CDU bei Bundes- und Landtagswahlen. Alle Kanzler der Bundesrepublik waren und sind zugleich Vorsitzende der CDU; ihr Eingreifen in die Wahlkämpfe war stets eine erfolgreiche Unterstützung der Bemühungen der Partei.

Natürlich können Bundeskanzler nicht überall sein; die Landstriche, die von Kanzlerreisen nicht berührt werden, haben denn auch verständliche Klage geführt, wenn man ihnen die Unterstützung versagte. Wahlreisen des Bundeskanzlers sind außerordentlich komplizierte Unternehmen, deren Planung und Durchführung an alle Amtsträger der Parteiorganisation erhöhte Ansprüche stellt.

Das beginnt mit der Terminabsprache im Kanzleramt, geht über die Maßnahmen, die die Reaktions- und Regierungsfähigkeit des Bundeskanzlers auch während der Wahlreise sicherstellen, bis zu der Übernachtungsorganisation und der Auswahl der Begleitung. Hier wiederum sind die begleitenden Journalisten besonderer Fürsorge bedürftig.

Während Konrad Adenauer sowohl den Sonderzug der Bundesbahn als auch die Wagenkolonne schätzte, benutzte Ludwig Erhard bevorzugt den Sonderzug, der vor allem die Vorteile der laufenden Nachrichtenübermittlung bot. Bundeskanzler Kiesinger, sonst als begeisterter Fluggast bekannt, will auf seinen Wahlreisen in Baden-Württemberg die Autokolonne benutzen. In richtiger Einschätzung der Situation in der Öffentlichkeit hat er darauf gedrungen, daß die Wagenkolonne möglichst klein bleibt. Das bedeutet, daß außer den Wagen des Sicherheitsdienstes und dem Lautsprecher-

wagen nur noch ein moderner Omnibus mit Journalisten hinter dem Kanzler fährt.

Es ist wahrscheinlich müßig, in diesem Blatt auf die große Arbeit hinzuweisen, die den Landesverbänden und den Kreisverbänden der CDU obliegt, wenn eine Wahlreise des Kanzlers durch ihr Gebiet führt. Dennoch sind ein paar Kleinigkeiten anzumerken, die die Abwicklung der Wahlreisen erleichtern können.

## Nützliche Tips

Es hilft bei einer Wahlreise ungemessen, wenn längs der Reiseroute rechtzeitig auf etwaige Verspätungen hingewiesen wird; die Bevölkerung, die auf den Kanzler wartet, darf über die wahren Ankunftszeiten nicht im Ungewissen belassen werden. Auf Wahlreisen lassen sich Verspätungen meist deswegen nicht vermeiden, weil in manchen Orten die Bevölkerung einen Halt erzwingt und eine kurze Rede gehalten werden muß, ob wohl dort nur „langsame Durchfahrt“ vorgesehen war.

Besonderes Augenmerk verdienen die Lautsprecheranlagen bei Ansprachen auf Marktplätzen usw. Es ist in jedem Fall empfehlenswert, eine Lautsprecheranlage aufzubauen, die tonstärker ist, als eventuelle Störer sein können. Gerade die Methoden der außerparlamentarischen

Opposition, die teilweise auf reine Störung der Veranstaltungen gerichtet sind, verlangen vom Redner eine auch in der Lautstärke ausreichende Beherrschung des Platzes. Wenn das Mikrofon nicht erhöht steht (Rathausstiegen, Balkone usw.), ist darauf zu achten, daß vor dem Redner ein freier Raum bleibt, damit nicht einzelne Störer das Rednermikrofon benutzen können.

Die Beamten des Kanzleramtes, die den Bundeskanzler begleiten, haben in vielen Fällen bei den einzelnen Haltepunkten Telefonaufträge des Kanzlers zu erfüllen; es empfiehlt sich also, vor allem in der Mittagszeit und an Samstagen und Sonntagen ein benutzbares Telefon in der Nähe der Rednertribüne bereitzuhalten, damit der Kanzler auch während des Wahlkampfes „regieren“ kann.

Zum Schluß noch ein Wort über die Begleitpresse: meist sind Angehörige der Nachrichtenagenturen in der Begleitung, die natürlich während der Wahlreise ihre Meldungen absetzen müssen. Auch diese brauchen dringend Telefone, die man ihnen bereitstellen oder nachweisen sollte.

Eine hübsche Geste wäre es, wenn nicht nur der Kanzler, sondern auch die mitreisenden Journalisten hier und da ein Fläschchen heimischen Weines präsentiert bekämen — wenn der Kanzler reist, dann ist häufig die amerikanische, französische oder britische Presse dabei, ebenso wie auch die Vertreter der großen nationalen Blätter.

## Kiesinger sprach mit Kohl

Bei seinen Überlegungen, einen Nachfolger für den zurückgetretenen Bundesinnenminister Lücke zu finden, hatte Bundeskanzler Dr. Kiesinger auch ein Sondierungsgespräch mit dem Landesvorsitzenden der CDU von Rheinland-Pfalz, dem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Dr. Kohl, geführt. Dr. Kohl hatte aber im Hinblick auf seine landespolitischen Verpflichtungen keine Möglichkeit gesehen, einer Kandidatur näherzutreten.

Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten hatte in Rheinland-Pfalz eine Stellungnahme des früheren Bundesministers Dr. Wuermeling, MdB, gegeben, der aus Protest gegen „beharrlich unfaires und unkorrektes Verhalten“ Dr. Kohls seine Mitgliedschaft im geschäftsführenden Landesvorstand niederlegte.

Dr. Kiesinger ließ darauf am späten Dienstagabend (2. April) über die Deutsche Presse-Agentur folgende Stellungnahme verbreiten:

„Ich habe bei meinen Überlegungen für die Neubesetzung des Postens des Bundesinnenministers einige wenige Persönlichkeiten in Erwägung gezogen, zu denen auch der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Dr. Helmut Kohl, gehört hat. Ich habe mit jeder dieser Persönlichkeiten sondierend gesprochen, ohne ein konkretes Angebot zu machen und habe daher auch von keinem eine Absage erhalten können. Bei meiner Sondierung hat mir Dr. Kohl sofort erklärt, daß er keine Möglichkeit sehe, seine Tätigkeit im Lande aufzugeben. Vielmehr schlug er mir den Parlamentarischen Staatssekretär Ernst Benda als den Kandidaten vor, den er auch für den geeigneten halte.“

## Fernsehen, Funk, Film

Das Fernsehmagazin „Panorama“ des Norddeutschen Rundfunks hat mit seiner letzten Sendung, so scheint's, wieder einmal gehörig ins Fettnäpfchen getreten. Die Landsmannschaft Schlesien, mit rund 300 000 Mitgliedern zweitgrößte Vertriebenenorganisation in der Bundesrepublik, hat „Panorama“ — bis heute unwidersprochen — im Zusammenhang mit einem Beitrag über die oberschlesische Stadt Hindenburg Geschichtsklitterung vorgeworfen. In einer Protesterklärung gegen die Sendung heißt es u. a.: „Wir verlangen eine geschichtlich fundierte, untendenziöse und objektive Gegendarstellung und protestieren dagegen, daß das deutsche Fernsehen der Ort dafür sein soll, die kommunistischen Thesen über den gegenwärtigen polnischen Besitzstand in Ostdeutschland millionenweit zu vertreten“. Man darf gespannt sein auf die zweite Hindenburg-Sendung, die der stark linksorientierte Autor Peter Schier-Gribowsky vorbereitet. Sein „Panorama“-Beitrag über Hindenburg war dafür ein aufschlußreicher Auftakt . . .

\*

Auch andere Vertriebenenverbände entwickeln in letzter Zeit eine bemerkenswerte rundfunkpolitische Aktivität. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat für den 6. April zu einer Großkundgebung unter dem Leitwort „Für Freiheit und Demokratie — gegen die Diffamierung in Funk und Fernsehen“ nach München eingeladen. Hauptredner wird der

Sprecher der Sudetendeutschen und CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Walter Becher sein. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hatte sich in letzter Zeit mehrfach energisch gegen die Hörfunksendungen „Außerparlamentarische Kraftfelder der Politik — die Vertriebenenorganisationen“ gewandt, deren Autor Bernd Engelmann ist, der schon zum „Establishment“ der Linksaußen in der Publizistik gerechnet werden kann.

\*

Über eine neue Kampagne gegen das Abhören westlicher Rundfunksendungen in der Sowjetzone berichten die gutinformierten „fernseh-informationen“. Unter Berufung auf die neue Verfassung der Zone werde die Information aus westlichen Quellen als Einschränkung der Meinungsfreiheit der Bewohner Mitteldeutschlands interpretiert.

\*

Staatssekretär Karl-Günther von Hase, langjähriger Vorsitzender des Rundfunksrats der Deutschen Welle (bis zur Wahl zum Intendanten dieser Anstalt, der noch vor Dienstantritt der Berufung ins Bundesverteidigungsministerium folgte), wird sich auch künftig mit rundfunkpolitischen Fragen befassen. Die Bundesregierung entsandte den erfahrenen Rundfunkpolitiker als ihren Vertreter in den Rundfunkrat des Deutschlandfunks.

hwd

## Wissenschaft

# Fachausbildung muß verstärkt werden

Seit Monaten ist im Zusammenhang mit der Studienreform und der mit ihr in sachlichem Zusammenhang stehenden Reform unseres ganzen Bildungswesens von einer „Akademie-Reife“ die Rede, die den Zweck haben soll, den wachsenden Strom von Studienbewerbern rechtzeitig aufzufächern und in jene Bildungs- und Berufsbahnen zu leiten, in denen er von der Kapazität und dem Bedarf her sinnvoll verkraftet werden kann.

In diesen Tagen hat der zuständige Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion, von der Fraktion unterstützt, einen Antrag im Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Voraussetzungen für die Einführung der Akademie-Reife mit den Ländern zu klären und im Falle ihrer Einführung im Benehmen mit den Ländern, der Wirtschaft und den Gewerkschaften die erforderlichen Berufsbilder und Laufbahnvorschriften vorzubereiten.

Die Überlegungen haben auszugehen von der Notwendigkeit eines differenzierten wissenschaftlichen Ausbildungswesens. Die im Gang befindliche Verbreiterung der Bildungspyramide und der notwendige Ausbau der fortführenden Schulen, einschließlich der höheren Schulen und Gymnasien, führen zu einer ständig wachsenden Zahl von Abiturienten. Ohne eine grundlegende Veränderung ihrer Struktur und ihrer Funktionen kann die Universität diese Abiturientenzahl nicht mehr aufnehmen.

Für den Ausbau der Universitäten in ihrer unveränderten bisherigen Funktion mit dem Ziel einer Steigerung der Ausbildungskapazitäten während des nächsten Jahrzehnts bis zur Höhe der erwarteten Studentenzahlen fehlen die personellen und finanziellen Voraussetzungen. Der Ausbau muß zwar uneingeschränkt fortgeführt werden, stößt aber bereits jetzt erkennbar an unüberwindliche Schranken, die auch mit gutem Willen nicht überschritten werden können, denn

- die durch ihre starke Integration mit der Forschung gekennzeichnete Ausbildung an der Universität ist zu teuer und

- die auf wissenschaftliche Forschung bezogene Ausbildung dauert zu lange.

Die einzige Möglichkeit, die mit dem Ausbau des höheren Schulwesens geweckte Nachfrage nach wissenschaftlicher Ausbildung zu befriedigen, ist der Ausbau der wissenschaftlichen Fachausbildung. Das kann im Rahmen der Universität oder durch die Schaffung entsprechender wissenschaftlicher Fachhochschulen geschehen. Die Expansion der wissenschaftlichen Fachausbildung setzt voraus:

- Durchlässigkeit zwischen Fachausbildung und Universitätsausbildung,

- Eröffnung ausreichender Berufschancen für die Absolventen der wissenschaftlichen Fachhochschulen,

- Abbau des sozialen (besser gesellschaftlichen) Gefälles zwischen Universitätsstudium und Fachhochschulstudium.

Davon ist die Eröffnung ausreichender und genügend attraktiver Berufschancen das wichtigste und dringendste Problem. Es muß eine Nachfrage nach wissenschaftlicher Fachausbildung erzeugt werden, ehe entsprechende wissenschaftliche Fachhochschulen entstehen können, spätestens zugleich mit der Entstehung solcher Hochschulen.

Für das staatliche Berechtigungswesen bedeutet dies:

- Schaffung entsprechender Laufbahnen in wesentlich größerem Umfang als bisher,

- Einbau dieser Laufbahnen in den höheren Dienst; damit Abbau der Statussymbole, die eine sinnvolle Differenzierung des wissenschaftlichen Studiums verhindern;

## CDU-Präsidium

# Mit Vertriebenen einig

Am 27. März 1968 fand auf Einladung der CDU ein ausführliches Gespräch zwischen dem Präsidium der CDU und dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen statt.

Auf seiten der CDU waren u. a. der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Dr. Kiesinger, der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Barzel, der Stellvertretende Bundesvorsitzende, Bundesminister von Hassel, Bundesminister Schmücker als Schatzmeister und Mitglied des Präsidiums sowie der Bundestagsabgeordnete Stingl als Mitglied des Bundesvorstandes und als Vorsitzender des CDU/CSU Landesverbandes Oder-Neiße erschienen. Den BdV vertraten Präsident Rehs, MdB, und die Vizepräsidenten Gossing, Dr. Jahn, MdB, und Wollner.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Politik der Bundesregierung gegenüber den Ländern Ost- und Südosteuropas, insbesondere gegenüber Polen. Beide Seiten bedauerten die während des SPD-Parteitages in Nürnberg entstandenen Fehlinterpretationen der deutschen Politik im Hinblick auf die Oder-Neiße-Linie.

Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger, bekräftigte die eindeutige Haltung der CDU/CSU auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966.

Strittige und territoriale Fragen zwischen Deutschland und Polen können erst in einem Friedensvertrag mit einer dazu legitimierten ge-

- Herstellung der Durchlässigkeit zu Laufbahnen, die ein Universitätsstudium verlangen (Schaffung der Möglichkeit, entsprechende Berechtigung im Wege des Kontaktstudiums oder durch ein ergänzendes Universitätsstudium zu erwerben),

- Differenzierung zwischen Fachstudium und Universitätsstudium nicht durch Eingang in verschiedene Laufbahnen, sondern durch verschiedene Aufstiegschancen (Leistungsprinzip) etwa: Beförderung zum Regierungsdirektor oder Ministerialrat setzt Universitätsstudium voraus.

Für das Berechtigungswesen im wirtschaftlichen Bereich gilt ähnliches. Ohne die erhebliche Erweiterung der Nachfrage nach Fachschulabsolventen in der Wirtschaft und Herstellung der Durchlässigkeit im beschriebenen Sinne ist die Eröffnung breiter Ausbildungschancen im Bereich der wissenschaftlichen Fachausbildung zum Scheitern verurteilt. Da das Abitur selbst so gut wie keine Berufsberechtigungen vermittelt, werden in einem solchen Falle auch in Zukunft alle Abiturienten auf die Universitäten drängen.

Der damit ausgelöste Druck wird die Universitäten selbst in Fachhochschulen verwandeln, die nicht mehr in der Lage sind, die kostspieligen und vielfältigen Einrichtungen der Forschung sinnvoll zu nutzen. Die bisherigen Funktionen der Universität (eine in die Forschung integrierte wissenschaftliche Lehre) würde auf andere Institutionen abwandern müssen.

Dr. Berthold Martin, MdB



**Rechtsradikalismus:** Die Nationaldemokratische Partei (NPD) ist im vergangenen Jahr noch stärker zum Zentrum des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik geworden. Das geht aus dem Erfahrungsbericht des Bundesinnenministeriums hervor. Der organisierte Rechtsradikalismus hat 1967 langsamer zugenommen als in der Zeit davor. Die NPD hat jetzt rund 28 000 Mitglieder, von denen etwa 2400 schon vor 1933 der NSDAP beigetreten sind und hohe NS-Funktionärsposten begleitet haben. Der Anteil der NPD an der gesamten Mitgliederzahl des organisierten Rechtsradikalismus macht 72 Prozent aus. Die NPD ist zur Zeit in den Landtagen von sechs Bundesländern vertreten. In allen Wahlen des vergangenen Jahres haben überwiegend ältere Wähler für die NPD gestimmt. In der Gruppe der 21- bis 30jährigen gab es die wenigsten NPD-Wähler. Dieser Sachverhalt widerlegt die Behauptung der NPD, eine Partei der Jungwähler zu sein.

**ESRO und ELDO:** Die Länder Westeuropas haben sich in der Weltraumforschung zu einheitlichen Organisationen zusammengeschlossen, um auf multilateraler Basis den hohen finanziellen Belastungen dieses modernen Wissenschaftszweiges besser gewachsen zu sein und ein Gegengewicht zu den Leistungen der USA und der Sowjetunion auf diesem Gebiet zu schaffen.

Die ESRO (Europäische Organisation für Weltraumforschung) hat die Förderung der Zusammenarbeit europäischer Staaten auf dem Gebiet der extraterrestrischen Forschung und der Raumflugtechnik zum Ziel. Ihre Mitgliedstaaten haben ein Achtjahresprogramm aufgestellt, um Forschungsvorhaben mit Höhenraketen, Satelliten und Raumsonden durchzuführen. Die ELDO (Europäische Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern), der als einziges außereuropäisches Land Australien angehört, baut Trägerraketen und Satelliten.

**Menschenrechte:** Im Grundgesetz der Bundesrepublik sind sie in Artikel 2 bis 17 garantiert. Darüber hinaus ist die Bundesrepublik bereits im Jahre 1950 der vom Europarat ausgearbeiteten Konvention zum Schutz der Menschenrechte beigetreten. Jetzt hat der Bundestag einstimmig der Ratifizierung eines Zusatzprotokolls zu dieser Konvention zugestimmt, das bisher von 10 Ländern unterzeichnet wurde. Es heißt darin, daß es jedermann frei steht, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen. Außerdem soll in Zukunft niemand aus dem Land, dessen Staatsangehöriger er ist, ausgewiesen werden können.

samtdeutschen Regierung verhandelt und abschließend geregelt werden. Das schließt Gespräche mit Polen in einem früheren Zeitpunkt nicht aus. Beide Gesprächspartner lehnen jede gewaltsame Änderung der jetzigen Verhältnisse ab. Insofern respektieren sie die gegenwärtige Situation. Aber sie erkennen den Status quo damit nicht an.

Die Gesprächspartner sind der Auffassung, daß dem Recht der Vertriebenen auf die Heimat in einem Friedensvertrag Rechnung getragen werden muß.

Die Bemühungen der Bundesregierung, unter Ausklammerung unverzichtbarer Rechtspositionen die Beziehungen zu Polen zu normalisieren, werden unterstützt.

Das Präsidium des BdV regte an, die CDU solle durch ihre Gremienmitglieder in den Rundfunkanstalten daran mitwirken, daß eine objektive Darstellung der Arbeit und der Auffassungen der Vertriebenen und ihrer Organisationen ausgestrahlt werde.

Das Präsidium der CDU und der BdV stimmten darin überein, daß bei allen Regelungen die Vertriebenen selbst mitwirken müssen.

Die Beteiligten warnten vor einzelnen Versuchen, den deutschen Heimatvertriebenen rechtsradikale Bewegungen anzupfehlen. Dadurch würde vor allem im Ausland der wertvolle Beitrag der Vertriebenen zur demokratischen Neuordnung Deutschlands abgewertet werden.

# BRIEFE

Wir haben uns oft mit Mitgliedern der „Kampagne für Abrüstung“ auseinandergesetzt, die gemeinhin als Ostermarschierer bekanntgeworden sind. In den Auseinandersetzungen bekommen wir sehr oft zu hören, daß die Ostermarschbewegung nicht, zumindest nicht mehr kommunistisch unterwandert sei. Verschiedentlich werden wir darauf hingewiesen, daß die „Kampagne für Abrüstung“ von ihrem eigentlichen Ziel, abgekommen sei und heute ganz anderen Ideen nachjage. Welches sind diese neuen Ziele? Hat sich die Einstellung der Gewerkschaften zur Ostermarschbewegung geändert?

P. S., Pirmasens

**Antwort:** Die „Kampagne für Abrüstung (KfA)“ hat sich in den letzten Jahren gerade infolge des kommunistischen Einflusses immer mehr von ihrem ursprünglichen Arbeitsfeld, dem Kampf gegen Atomwaffen, entfernt. Statt dessen entwickelte sie sich zu einer Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze und die Kriegsführung der Vereinigten Staaten in Vietnam. In jüngster Zeit fordert sie mit Nachdruck, in der Bundesrepublik „demokratische Verhältnisse“ zu schaffen. Diesem neuen Ziel entsprechend beschloß die „Kampagne“ Mitte Januar 1968 in Essen, sich in „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ (KDA) umbenennen.

1968 will nun die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ für „Demokratie“, gegen die Notstandsgesetze, gegen den „Rüstungsstaat“ und gegen den „amerikanischen Krieg“ in Vietnam demonstrieren. Die „Kampagne“ fordert ferner, die Forderung des kommunistischen „Weltfriedensrates“ zu verwirklichen, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen und gegen die Verlängerung der NATO-Verträge zu kämpfen.

Die Ähnlichkeit des Programms der „Ostermarschbewegung“ mit den Nahzielen der Kommunisten, ihrem sogenannten Minimalprogramm, tritt deutlich zu Tage. Auch die Kommunisten wollen für einen Kampf um „Demokratie“ breite Schichten mobilisieren und sie für Aktionen gegen die herrschende Ordnung gewinnen.

## Aus den Vereinigungen

# Gezielte Strukturpolitik

**Vor der Gefahr, daß sich ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung in Form einer regional auseinanderklaffenden „Konjunkturschere“ entwickelt, warnte die Landesvorstandschaft der CSU-Mittelstandsgruppe bei einer Sitzung in Ingolstadt.**

In den industriellen Ballungszentren spräche eine Reihe von Anzeichen gegenwärtig bereits für eine ermutigende konjunkturelle Belebung, dagegen seien in den wirtschaftsschwachen und verkehrsfernen Zonenrand- und Bundesausbaugebieten noch kaum Merkmale einer stärkeren wirtschaftlichen Erholung zu spüren. Deshalb müsse eine gezielte regionale Strukturpolitik für diese weiträumige, überwiegend mittelständisch geprägten Gebiete jetzt Vorrang erhalten, um einem Zurückbleiben dieser Räume bei neuem wirtschaftlichen Wachstum entscheidend zu begegnen.

Die CSU-Mittelstandsgruppe begrüßte deshalb die parlamentarischen Initiativen der Bonner CSU-Landesgruppe, mit denen sie in letzter Zeit im Bundestag mehrfach wirksam einer Benachteiligung der strukturschwachen Gebiete mit ihren teilweise noch hohen Arbeitslosenquoten entgegengetreten sei. Dieses Problem könne nicht durch die vom Bundeswirtschaftsminister propagierte Globalsteuerung, sondern nur durch die von der CDU/CSU be-

fürwortete gezielte Strukturpolitik gelöst werden.

Die im jüngsten Jahreswirtschaftsbericht des Bundeswirtschaftsministers empfohlene Lohnerhöhung von vier bis fünf Prozent im Jahre 1968 könne von den mittelständischen Wirtschaftsbereichen kostenmäßig nicht verkraftet werden, solange nicht ein anhaltender konjunktureller Aufschwung in breiter Front eingesetzt habe.

Zugleich wandte sich die Mittelstandsgruppe gegen die Flut von täglich neuen unterschiedlichen Prognosen und Vorausberechnungen des kommenden Wirtschaftsablaufes, die für den Unternehmer in seinen Entscheidungen wenig hilfreich sei.

In einer anschließenden Pressekonferenz hoben der Landesvorsitzende der CDU-Mittelstandsgruppe, Handwerkskammerpräsident Bernhard Suttner, Regensburg, und Dr. Sigmund Heller, Ansbach/Bonn, stellvertretender Landesvorsitzender, die Absicht der CDU hervor, mit einem eigenen Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit zu treten, und

## Gerechte Familienpolitik

„Die Sozialpolitik kostet dem Bund Geld, daher ist der sinnvolle Einbau der Sozialpolitik in die mittelfristige Finanzplanung (Mifrif) dringend erforderlich!“ Das betonte Redakteur Wolfgang Vogt aus Köln bei seinem Vortrag über „Probleme der sozialen Sicherung — heute“ vor dem Sozialausschuß der CDU in Solingen.

Vogt machte die Probleme der sozialen Sicherung am großen Komplex der Familienpolitik deutlich. Am Beispiel des Kindergeldes zeigte er die Schwankungen auf, denen die Finanzierung der Sozialpolitik im allgemeinen unterlegen ist.

Als die Zahlung des Kindergeldes aus dem Ausgabenbereich des Bun-

deshaushaltes übertragen wurde, war es unvermeidlich, daß das Kindergeld auch an der Misere des Bundeshaushaltes teilnahm. Der Referent betonte, daß eine Verbesserung dieses sozialen Problems nicht gesichert ist. Es sollte daher dringend erforderlich sein, das Kindergeld wieder aus dem Bereich der Ausgabenverpflichtungen des Bundeshaushaltes herauszulösen.

„Familienpolitik muß eine Gesamtmaßnahme der Gesellschaft werden, das ist das Gebot der Stunde!“ Weiter erforderlich sei die Abschaffung der sogenannten „Kinderfreibeträge“. Diese Kinderfreibeträge verringern das steuerpflichtige Einkommen. Für Familien mit geringem Einkommen hat dieses System jedoch keine Auswirkungen; gerade diese Familien aber bedürfen dieser finanziellen Unterstützung eher als wohlhabende Familien, die in den Genuß dieser Kinderfreibeträge kommen.

Vogt betonte: „Es kann niemand guten Gewissens behaupten, daß die Kinder wohlhabender Eltern besser sind als Kinder anderer Familien!“ Als Ausweg zeigte Vogt die Möglichkeit, daß jede Familie von ihrer berechtigten Steuerschuld pro Kind einen bestimmten Betrag abziehen solle.

## Ohne Illusionen nach Moskau

**Ohne Illusionen, aber mit dem Willen, sich um ein besseres Verstehen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu bemühen, versucht die Junge Union Kontakte zu sowjetrussischen Jugendorganisationen aufzunehmen.**

Eine Delegation der Jungen Union Schleswig-Holstein ist soeben aus Moskau und Leningrad zurückgekehrt. In einer Presse-Erklärung zog sie das Fazit aus dem Besuch. Danach habe zwischen den Gesprächspartnern Einverständnis darüber geherrscht, daß Ausgangspunkt späterer politischer Diskussionen auf der Ebene der Jugendverbände eine vorurteilslose Information über die Gegebenheiten in beiden Staaten sein müsse.

Die sowjetische Seite nahm die Einladung zu einem Gegenbesuch an. Die Junge Union erwartet, so heißt es in der Erklärung weiter, daß weitere Vereinbarungen auf große Schwierigkeiten stoßen werden. Sie will jedoch nichts unversucht lassen und ihren Gesprächspartner beim Wort nehmen.

## Hinweise und Termine

### Heute für morgen oder: Vorsorge

Das Stichwort „Notstand“ braucht nur zu fallen und schon stehen sich Gegner (um nicht zu sagen: Feinde) und Befürworter einer Notstandsregelung gegenüber.

Um die oft polemisch aufgeladenen Diskussionen zu versachlichen, hat das

Bundesministerium des Innern  
Referat: Öffentlichkeitsarbeit  
53 Bonn  
Rheindorfer Str. 198

eine Illustrierte mit dem obengenannten Titel herausgebracht.

Einzel Exemplare können dort bezogen werden.

### Woche vom 7. 4. bis 13. 4. 1968

8. 4.	LV Saar	Klausurtagung des Landesvorstandes mit der Landtagsfraktion und Vertretern des Kulturpolitischen Landesausschusses	Saarbrücken
31. 3.—11. 4.	Politische Akademie Eichholz	Grundferienakademie der Studienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung	Eichholz
Vorschau April 68			
26. 4.	KPV — Bund	Kommission für Gemeindehaushaltsrecht	Bonn
26.—28. 4.	JU Hessen	Landestag	
26.—28. 4.	JU Westfalen	Landestag	Münster
27.—28. 4.	LV Rheinland-Pfalz	Landesparteitag	Trier
30. 4.	CDU — Bund	Bundesvorstand	Bonn

## Im Mittelpunkt: Gesundheitspolitik

Mehr als 300 Vertreterinnen interessierter Verbände, Schulen und anderer Institutionen waren der Einladung der Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU gefolgt, zur Teilnahme an einem gesundheitspolitischen Kongreß nach München zu kommen.

Referate von Frau Bundesministerin a. D. Schwarzhaupt, der Vorsitzenden der Vereinigung der Diätassistentinnen und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, Frau Helene Flach, sowie von Prof. Dr. med. Theodor Hellbrügge, gaben einen umfassenden Überblick über aktuelle medizinische Fragen.

## Aus den Landesverbänden

# Berlins Zukunft sichern

**Der 44. Landesparteitag der Berliner CDU stand ganz im Zeichen einer profilierten Oppositionspartei, die konsequent die Belange der alten deutschen Hauptstadt vertritt und der kommunistischen Bedrohung weiterhin mit Festigkeit begegnet.**

Die Gefahren für Berlin sieht die CDU keineswegs ausgeräumt. So warnte der zweite Landesvorsitzende der Berliner Union, Peter Lorenz, auf dem Parteitag nachdrücklich vor unbedachten neuen Wegen in der Deutschlandpolitik, die zu einer Liquidierung des freien Berlin führen könnten. Wenn wir einen Staat „DDR“ anerkennen, betonte Lorenz, würden wir ihm damit gleichzeitig das Recht zugestehen, in Ausübung seiner Souveränität über die auf seinem Territorium liegenden Zufahrtswege nach Berlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu bestimmen. **Wer die Empfehlung gebe, die Zone anzuerkennen, nehme die politische Aufgabe Berlins in Kauf.** Die Berliner CDU wird sich gegen eine solche Politik mit aller Kraft zur Wehr setzen.

Auch mit den von Tag zu Tag zunehmenden Beschränkungen der Freizügigkeit auf den Zufahrtswegen von und nach Berlin durch die mitteleuropäischen Machthaber befaßten sich die Delegierten. **Sie forderten die zuständigen deutschen Stellen sowie die alliierten Schutzmächte auf, notfalls geeignete Maßnahmen zur Abwehr von Eingriffen in die Freiheit des Berlinverkehrs, die eine der Lebensgrundlagen Berlins ist, zu ergreifen.**

Als höchst bedenklich für Berlin wertete Lorenz die Entscheidung der SPD in Nürnberg, aus der Schlußresolution den Satz: „Das atlantische Bündnis ist das Fundament der deutschen Sicherheit“ zu strei-

chen. Damit würden ganz wesentliche Positionen der deutschen Politik und der deutschen Existenz in Frage gestellt. Gleichzeitig appellierte der Parteitag an die deutsche Wirtschaft, zur Stärkung der Lebensfähigkeit der Stadt neue Industriebetriebe in Berlin anzusiedeln. Der Bund müsse dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Er dürfe nicht nur Zweigstellen in Berlin unterhalten, sondern müsse echte und zentrale Führungsaufgaben von Berlin aus wahrnehmen.

Mit großer Mehrheit sprachen sich die Delegierten für die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre mit der Begründung aus, die meisten Jugendlichen seien ohne Zweifel im Alter von 18 Jahren in der Lage, politische Entscheidungen zu fällen.

Noch in diesem Jahr soll nach Ankündigung des zweiten Landesvorsitzenden Lorenz **der zwielichtigen Berlin-Politik des Senats ein zeitnahes Programm der CDU zur Gestaltung der Berliner Politik gegenübergestellt werden.** Zugleich drängte der CDU-Politiker auf baldige Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus. Die SPD habe das Vertrauen der Berliner verspielt. Selbst die SPD im Bund vertraue nach Ansicht des Fraktionsgeschäftsführers, Heinrich Lummer, der Berliner SPD nicht mehr, was daraus ersichtlich werde, daß der Regierungschef Schütz in Nürnberg nicht in den Bundesvorstand seiner Partei gewählt worden sei.

## Oldenburg gibt grünes Licht

**Die erste Hürde auf dem Wege zur Bildung eines niedersächsischen CDU-Gebietsverbandes ist genommen. Als erster der drei CDU-Landesverbände in Niedersachsen hat der Landesverband Oldenburg am 30. März auf seinem Parteitag einen entsprechenden Satzungsentwurf gebilligt.**

Die Christlichen Demokraten des Oldenburger Landes, in Hannover vielfach als Bremsklötze der Gründung einer dem Parteiengesetz konformen CDU-Organisation apostrophiert, haben mit dieser Entscheidung grünes Licht für die Konstituierung des Gebietsverbandes am 17. und 18. Mai in Bad Rothenfelde gegeben.

In seinem Jahresbericht und in der Debatte über die Sitzung wies der Landesvorsitzende Gerhard Glup, MdL, darauf hin, daß die CDU in Oldenburg in den letzten Wochen von niedersächsischen Parteifreunden gedrängt worden sei, zugunsten eines einheitlichen CDU-Gebietsverbandes Niedersachsen Oldenburg als selbständigen Landesverband aufzugeben. Zum gegenwärtigen

Zeitpunkt bestände jedoch keine Veranlassung, die mit der Selbständigkeit eines Landesverbandes verbundene Stellung gegenüber Bund und Land aufzugeben.

Als wichtiges Merkmal der neuen Satzung hob Glup die Bestimmung hervor, daß im Vorstand des neuen Gebietsverbandes je zwei Vertreter des Landes Oldenburg und Braunschweig Sitz und Stimme haben müssen. Außerdem betonte er, daß den Landesverbänden Oldenburg, Hannover und Braunschweig als selbständige Verbände gegenüber der CDU Deutschlands das Recht zur Entsendung von Vertretern in deren vorhandene und noch zu bildende Organe zustehe.

Im Jahresbericht wurden besonders die Stimmengewinne der CDU im Verwaltungsbezirk Oldenburg bei den letzten Landtagswahlen sowie die günstige Mitgliederentwicklung hervorgehoben. Zahlreiche Anträge und Entschlüsse spiegeln das Bemühen des Landesverbandes, wieder aktiv in die Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens einzugreifen.

Nach Mitteilung des niedersächsischen Kultusministeriums sind die Vorarbeiten für den angekündigten Gesetzentwurf, der im **Verwaltungsbezirk Oldenburg auch Schulen für Schüler aller Bekenntnisse** ermöglichen soll, abgeschlossen. Eine entsprechende Kabinettsvorlage liegt vor. Für die neuen Bestimmungen wird gesetzestechisch die Form einer Änderung des niedersächsischen Schulgesetzes gewählt werden.

\*

Sonderzuweisungen des Bundes in Höhe von 20 Millionen DM für Strukturmaßnahmen, die Prolongation von Krediten und sonstigen Anleihen in Höhe von 20,5 Millionen DM und Zinseinsparungen im Betrag von fünf Millionen erlauben es der **saarländischen Regierung ihren Haushalt auszugleichen.** Statt der an sich notwendigen Kreditaufnahme von 146 Millionen DM braucht nach Auskunft des Finanzministers Bulle (CDU) im außerordentlichen Haushalt nur eine Kreditsumme von 77 Millionen aufgenommen zu werden.

\*

Der erweiterte Kreispartei Vorstand der CDU des Rheinisch-Bergischen Kreises hat zum Rücktritt Bundesministers Lücke folgende EntschlieÙung gefaßt: „Die CDU-Kreispartei billigt einstimmig die Entscheidung ihres Abgeordneten. Durch den Beschluß des SPD-Bundesparteitages in Nürnberg, die Wahlrechtsfrage nicht wie vorgesehen auf einem außerordentlichen Par-

## IN KÜRZE

teitag 1968, sondern erst nach der nächsten Bundestagswahl auf einem ordentlichen Parteitag 1970 zu behandeln, besteht praktisch keine Möglichkeit mehr, das in der Regierungserklärung vom 13. 12. 1968 festgelegte Ziel zu verwirklichen: Ein Wahlrecht zu verabschieden, das Koalitionen und damit auch die Große Koalition überflüssig macht und die Stabilität und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie sichert.

Die CDU-Kreispartei unterstützt nachdrücklich die Absicht ihres Bundestagsabgeordneten Paul Lücke, sich für die Verwirklichung dieses staatspolitisch wichtigen Zieles als Abgeordneter weiterhin einzusetzen, und wird ihn dabei mit allen Mitteln unterstützen“.

\*

Im Spätsommer will der niedersächsische Kultusminister Langeheine einen „**Generalschulplan**“ vorlegen. Dabei handelt es sich nicht um ein Programm für den Schulbau, obgleich der Plan Bestandteil des Landesentwicklungsplans sein soll. Der Generalschulplan soll vielmehr im Hinblick auf die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur schulpolitische Richtpunkte für die nächsten zehn Jahre enthalten, die Schulträger und Landtag gleichermaßen brauchen.

## Schulformen koordinieren

**Der Landesvorstand der hessischen CDU hat in einer Tagung in Bensheim eine EntschlieÙung zur Entwicklung des Schulwesens gefaßt, die nachstehend im Auszug veröffentlicht wird.**

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert, sicherzustellen, daß Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen als kooperative Gesamtschulen zusammenarbeiten. Ziel dieser Zusammenarbeit soll es sein, den Schülern den Übergang zwischen den verschiedenen Schulformen zu erleichtern, die Leistungsfähigkeit unseres Schulwesens zu erhöhen sowie zusammen mit anderen Maßnahmen die Chancengleichheit für alle und die Ausschöpfung der Bildungsreserven zu gewährleisten.

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert wissenschaftlich begleitete Schulversuche zur integrierten Gesamtschule.

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert, vor einer Entscheidung über die etwaige Einführung der integrierten Gesamtschule in einem Schulentwicklungsplan für das Land die organisatorischen und finanziellen Konsequenzen darzustellen und diese auf die Gesamtfinanzplanung des Landes abzustellen.

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert, die Förderstufe im 5. und 6. Schuljahr einzurichten und es den Eltern zu überlassen, ob sie ihre Kinder im 5. und 6. Schuljahr der Förderstufe innerhalb der

Hauptschule oder den Eingangsklassen der Realschule oder des Gymnasiums zuführen wollen.

Der Landesvorstand der hessischen CDU wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Absicht, durch die Novelle zum Schulgesetz die Förderstufe zwangsweise einzuführen.

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert, im Rahmen des finanziell Möglichen die Ganztagschule einzuführen.

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert, grundsätzlich den hessischen Gemeinden die Schulträgerschaft zu erhalten. Die vorgesehene Überführung der Schulträgerschaft auf die Landkreise bedeutet den Verlust eines Kernstücks der gemeindlichen Selbstverwaltung und ist ein weiterer Schritt zu ihrer nahezu vollständigen Aushöhlung in Hessen.

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert, daß der Kultusminister seine Reformkonzeption mit den anderen Bundesländern abstimmt.

Der Landesvorstand der hessischen CDU fordert den Kultusminister auf, die Elternschaft über seine Absichten und ihre Auswirkungen eingehend zu unterrichten und zusammen mit der Gesetzesvorlage über die Novellierung der hessischen Schulgesetze dem Landtag einen Bericht über die Stellungnahme der Elternschaft vorzulegen.

## Informationen

# SPD enttäuscht die Vertriebenen

Zwischen dem Bund der Vertriebenen (BdV) und der Sozialdemokratischen Partei ist es zu einem offenen Konflikt gekommen. Der BdV, der seinen Präsidenten, den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Rehs, am 30. März wiederwählte, hat in tiefer Sorge gegen die äußerst bedenklichen Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Brandt sowie die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages zur Oder-Neiße-Linie protestiert. Brandt hatte in Nürnberg mit seiner „neuen und logischen Oder-Neiße-Formel“, so der SPD-Pressedienst, in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen, als habe seine Partei die deutschen Ostprovinzen endgültig abgeschlossen.

Der SPD-Vorsitzende hatte erstmalig im Zusammenhang mit der Ostgrenze die Worte „Anerkennung bzw. Respektierung“ ausgesprochen und damit nicht nur die Ostpolitik seiner Partei erneut ins Zwielicht gerückt, sondern auch Zweifel an seiner Haltung zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers geweckt.

Der CDU-Generalsekretär Dr. Heck warnte vor dieser Taktik und meinte, in diesem Punkte dürfe es kein „sowohl als auch“ geben. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Marx machte die Sozialdemokraten darauf aufmerksam, daß „respektieren“ und „anerkennen“ zwei völlig verschiedene Begriffe seien. „Sie tun so, als sei eine törichte Vorleistungspolitik ein wirksames Instrument der Entspannung. Hinter der in Nürn-

berg angenommenen Formel verbirgt sich die Kapitulation vor den hartnäckigen kommunistischen Forderungen.“ Bundeskanzler Dr. Kiesinger, mit dem übrigen Brandt seine Stellungnahme nicht vorher abgesprochen hatte, stellte sofort mit großem Nachdruck fest, daß die Regierungserklärung zur Oder-Neiße-Linie nach wie vor gültig sei und nicht verfälscht werden dürfe.

Die Bundesvertretung des BdV verurteilte am 30. 3. den Beschluß des SPD-Parteitages als „Anerkennung des gegenwärtigen Unrechtstatbestandes“ der die „Gefahr der Präjudizierung im Friedensvertrag“

## Klarheit und Stetigkeit

Damit nicht in der Wahl des SPD-Abgeordneten Rehs zum Präsidenten des BdV der Eindruck eines Votums für die Sozialdemokratie entstehen kann, wurde noch festgestellt: „Es wäre völlig unangebracht, wenn die SPD, der Rehs als Bundestagsabgeordneter angehört, in seiner Wiederwahl eine Abschwächung der Entschließung des Verbandes zu den Beschlüssen dieser Partei in Nürnberg sehen wollte.“

Die SPD versuchte daraufhin gar nicht erst einzulenken. Wehner bezeichnete die Erklärung der Vertriebenen als „ungeheuerlich“. Als eine „Zusammenstellung unhaltbarer Unterstellungen und Verdächtigungen“ glaubte die SPD, den Beschluß des

heraufbeschwöre. Wörtlich heißt es dann:

„Im Ausland ist diese Erklärung als Bereitschaft zum Verzicht aufgefaßt worden. Anerkennung von Vertreibung und Annexion ist Kapitulation vor der brutalen Gewalt. Der Beschluß des SPD-Parteitages ist ein Wortbuch gegenüber der Zusicherung, daß nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen darf.“

Der Bund der Vertriebenen verlangt Klarheit, Redlichkeit und Standfestigkeit. Eine zweifelhafte und zwielichtige Haltung in der Wahrung der deutschen Rechtsposition schafft für die SPD die Gefahr, das durch Politiker wie Kurt Schumacher und Wenzel Jaksch erworbene Vertrauen zu verlieren. Der Wähler wird bei der nächsten Gelegenheit zu entscheiden haben, ob er einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtstatbestände anerkennt und respektiert – Keine Partei und keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist legitimiert, Vorleistungen zu erbringen

BdV zurückweisen zu müssen. Der Konflikt zwischen Vertriebenen und der SPD schwellt weiter.

Zur CDU haben die Vertriebenen ihr Vertrauen nicht verloren. In einer gemeinsamen Sitzung des BdV und des CDU-Präsidiums am 27. 3. wurde völlige Einigung über alle gemeinsam betreffenden Fragen erzielt. Diese Sitzung war nicht als parteipolitische Demonstration gedacht, sie war eine der regelmäßigen Zusammenkünfte, die mit der Reaktion auf den Nürnberger Parteitag in keinem Zusammenhang stand.

**Gleichwohl ist es dadurch deutlich geworden, wer von den beiden großen Parteien das größere Vertrauen der Vertriebenen besitzt.**

## Stichwort zum Wochenende

**D**ie Welt hat zu Beginn dieser Woche den Atem angehalten. Präsident Johnsons Entscheidung, die Bombardierung Nordvietnams weitgehend einzustellen, eröffnet nicht nur neue Möglichkeiten, den grausamen Kriege in diesem Land zu beenden; sein Verzicht, erneut für das Amt des Präsidenten zu kandidieren, hat auch die innenpolitische Situation in den USA wesentlich verändert.

**W**ir sollten dieser persönliche Entscheidung des Präsidenten so würdigen, wie er sie selbst verstanden wissen will. Der Bundeskanzler hat erklärt, daß er und die Bundesregierung auch während des Restes der Amtsperiode von Johnson die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen werden. Die deutsch-amerikanische Freundschaft wird sich auch in schwierigen Situationen bewähren.

**J**ohnsons großes Ziel ist es, den Krieg in Vietnam zu beenden. Auch im Nahen Osten flammt immer wieder von neuem die Krise auf; der Frieden liegt noch in weiter Ferne. Die Einschränkung und Beendigung der großen Konflikte unserer Welt liegt auch uns Deutschen am Herzen.

**D**er Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist das erste Wort und das Grundanliegen der Außenpolitik dieser Regierung. Dieser knappe, aber bedeutsame Satz der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Dezember 1966 bestimmt das Handeln der Bundesregierung. Das gilt für die großen Konflikte, das gilt aber auch für alles, was wir über unsere Grenzen hinaus wie innerhalb unseres Landes tun.

## ...Aufgelesen...Aufgelesen...

„Vier Tage nach dem spektakulären Rücktritt Lückes hat die Bundesrepublik nun wieder einen neuen Innenminister. Daß der junge Berliner Abgeordnete und bisherige Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Ernst Benda, zum Ressortchef berufen wurde, ist zweifellos eine gut Wahl, mag der Kanzler zunächst auch anderen Politikern den Vorzug gegeben haben.“

Angesichts der Aufgaben, die in dieser nicht mehr allzu lange dauernden Legislaturperiode auf den neuen Innenminister warten, ist es kaum eine Übertreibung zu sagen, daß mit Benda der beste Mann für dieses Amt gefunden wurde, den die CDU anzubieten hatte. Denn Benda, ministrabel schon zu Erhards Tagen und eines der besten politischen Talente der CDU, ist wie kaum ein anderer mit den Aufgaben seines Ressorts vertraut, und er hat zweifellos auch den besseren Blick für ihre Realisierbarkeit als sein in diesem Ministerium so glückloser

Vorgänger. Er wird wohl kaum seine Kraft damit verzetteln, in dieser Legislaturperiode noch irgendeine Form einer Wahlrechtsänderung durchboxen zu wollen, und wenn überhaupt ein Politiker die Chance hat, die leidige Notstandsfrage noch mit diesem Bundestag über die Bühne zu bringen, dann mag es ebenfalls Benda sein.

Für die Koalition und vor allem für den Kanzler ist es jedenfalls ein Punktgewinn, daß nach den bedenklichen Anzeichen von Autoritätsverlust auch für den Regierungschef nun rasch ein Schlußstrich unter die Rücktrittsaffäre gezogen und eine Entscheidung getroffen worden ist, die des allgemeinen Beifalls sicher sein kann.“

„Badische Zeitung“, 3. 4. 1968

„Die NPD hat sich vorgenommen, 1969 bei den Bundestagswahlen jeden zehnten Wähler für sich zu gewinnen. Das ist mehr als in Bre-

men, wo die rechtsradikale Nationaldemokratische Partei Deutschlands den bisher höchsten Anteil, nämlich 8,8 Prozentpunkte errang.“

Die Leute von ganz rechts sind rührig. Das zeigen Zahlen, die das Bonner Innenministerium jetzt für 1967 vorlegte: 38 700 Mitglieder rechtsradikaler Organisationen, 4000 mehr als 1966. 72 Prozent von ihnen sind in der NPD.

Die Koalition am Rhein hat noch viele Engpässe vor sich. Es geht vielen ans Portemonnaie. Was man hat, das gilt. Welche Leistungen vorangingen, vergißt sich schnell. Die Welt ist in Bewegung, Deutschland gespalten. Jeder linksradikale Schrei findet rechts seinen Widerhall.

Dennoch: Sprücheklopper hätten nur dann eine Chance, wenn die Große Koalition sich klein auführte und vor lauter Schielen nach dem Wähler das Arbeiten vergäbe. Der Kanzler hat davor gestern gewarnt. Sein Wort in den Ohren von CDU, CSU und SPD! Das befreundete Ausland aber sollte etwas weniger die grelle Brille benutzen.“

„Aachener Volkszeitung“, 3. 4. 1968